Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№. 178. Abendblatt. Montag, den 15. April. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 14. April. Innerhalb der drei nächsten Tage wird nun voraussichtlich das norddeutsche Reformwerk seinen ersten Abschluß finden und die Wohlfahrt Deutschlands, ja der Friede Europa's kann durch die bevorstehende Entscheidung eine wesentliche Bürgschaft erhalten. Festgeschlossene Einheit Deutschlands ist der Friede und nachdem heute bereits der Präsident des Reichstages Kenntniß davon erhalten hat, auf welchen Grundlagen die Regierungen den Erwartungen der Nation entsprechen zu können glauben, liegt es nunmehr in der Gewalt des Reichstages, zu energischer gemeinsamer Vollendung des von preußischen Staatsmännern und der preußischen Armee glücklich begonnenen Werkes die Hand zu bieten, oder sich selbst von der Mitwirkung an der nationalen Arbeit auszuschließen. Die Form, unter welcher von den vereinigten Regierungen dem Reichstag nochmals Gelegenheit zu einer gemeinsamen Lösung der Aufgabe geboten wird, ist wohl geeignet, die Hoffnung auf ein glückliches Resultat zu bestärken. Nicht in Fo:m eines Ultimatums und eines kategorischen „entweder — oder" werden die Regierungen morgen der Versammlung eine Entscheidung oder eine Zustimmung zu ihren definitiven Beschlüssen abnöthigen, sondern sie wird dem Reichstag selbst die Initiative überlassen, einen geeigneten Weg zur Sicherung der ihrerseits als unerläßlich bezeichneten Grundlagen zu finden; namentlich gilt dies von der Militärfrage.

Die Korr. „Stern" meldet unbegründeter Weise, daß nach Einberufung des preußischen Landtags die zwischen der zweimaligen Abstimmung über die Bundesverfassung liegende Frist von 21 Tagen zur Verhandlung über andere Vorlagen benutzt werden solle. Ueber die Benutzung dieser Zwischenzeit soll die Regierung noch nicht in Erörterung eingetreten sein und es wird als wahrscheinlich betrachtet, daß dieser Landtag nur ad hoc einberufen wird, vielleicht mit kurzer Vertagung. — Der „Schles. Z." schreibt heute ein Berliner Korr., ein Engländer, mit dem er über die Diätenfrage gesprochen, habe geäußert: „wenn Ihr in Norddeutschland nicht auf ein paar hundert Leute zählen könnt, die liberal und zugleich im Stande sind, auch ohne Diäten ins Parlament zu gehen, so steht es überhaupt mit dem Liberalismus bei euch herzlich schlecht und dürfte derselbe wenig Aussicht für die nächste Zukunft haben zur Regierung zu gelangen." Sehr richtig bemerkt der „Korr." auch, daß bei Wegfall der Diäten erfahrungsmäßig sich die Sitzungsperioden verkürzen und dadurch auch die vorzugsweise erwerbende und besitzende Klasse mehr Neigung und Gelegenheit erhalte, ein Mandat anzunehmen. Prinzipiell sind ja diese Klassen gerade die berufenen Volksvertreter, und praktisch würde sich der günstige Einfluß dieser Elemente gewiß auch bald genug zeigen. Täglich mehren sich auch die Stimmen von sehr beachtenswerther Seite für Wegfall der Diäten.

Die mehrfach auftauchenden Gerüchte über preußische Truppenkonzentrationen und kriegerische Anordnungen werden von zuverlässiger Seite vorläufig als vollkommen unbegründet bezeichnet, wenn man auch im Allgemeinen die Lage als eine sehr ernste auffaßt. Uebrigens erheben auch in Frankr.ich besonnene Blätter ihre Stimme gegen das sinnlose Kriegsgeschrei. Das „Journal des Debats" hält z. B. in treffenden Worten der Kriegspartei vor, daß die Franzosen nicht das geringste Recht hätten sich über das von v. Bennigsen und And. im Reichstag Gesprochene zu beklagen, nach den Aeußerungen die von Thiers und Genossen im gesetzgebenden Körper gethan worden seien. Die Deutschen wollen sich nicht in die Angelegenheiten Frankreichs mischen, können aber mit Recht verlangen, daß Frankreich seinerseits auch deutschen Besitz und deutsche Rechte unangetastet läßt.

— Der Abgeordnete Prinz Roman Czartoryski ist hier eingetroffen, um an den Berathungen des Reichstags Theil zu nehmen.

— Ein Termin für die Einberufung des preußischen Landtags ist noch nicht festgesetzt; es steht nur so viel fest, daß die Berufung sobald als möglich erfolgen wird. Man veranschlagt die Dauer dieser bevorstehenden Session auf etwa fünf Wochen.

— Aus Wien telegraphirt man den „Hamburger Nachrichten": Ein Telegramm des Fürsten Metternich aus Paris kündigt eine entschieden friedliche Wendung an; ein Botschaftsmitglied wird demnächst mündliche Aufklärungen darüber bringen. — Hr. v. Beust ist aus Prag hier wieder einetroffen.

— Für die am Montag beginnende Schlußberathung des aus der Vorberathung hervorgegangenen Entwurfs der Verfassung des norddeutschen Bundes liegen folgende Anträge bis jetzt gedruckt vor: 1) Von den Abgeordneten Wigard, Heubner und 14 Mitgliedern der Linken: Der Reichstag wolle beschließen: nach Abschnitt XII. folgenden neuen Abschnitt einzuschalten: „XIIa. Rechte der Angehörigen des norddeutschen Bundes. Artikel . . . Die Verfassungen und Gesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten müssen den Angehörigen derselben mindestens diejenigen Rechte gewähren, welche die preußische Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 in Tit. II. „von den Rechten der Preußen" den preußischen Staatsbürgern verleiht." 2) Von den Abgeordneten Ausfeld, Dr. Minckwitz und 14 Mitgliedern der Linken: I. Zu Abschnitt III. (Bundesrath.) Der Reichstag wolle beschließen: 1) den Artikel 8 zu streichen; 2) den ersten Satz des Artikels 9 zu streichen. II. Zu Abschnitt IV. (Bundes-Präsidium.) Der Reichstag wolle beschließen: hinter Artikel 45 einen Artikel nachfolgenden Inhalts einzuschieben: Das Bundes-Präsidium übt die vollziehende Gewalt in Bundes-Angelegenheiten nach Maßgabe dieser Verfassung durch verantwortliche Minister aus. Alle Regierungsakte des Bundes-Präsidiums bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung mindestens eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit für den betreffenden Akt dem Bundesrathe und dem Reichstage gegenüber übernimmt. III. Zusatz-Antrag zu Abschnitt IV. (Bundes-Präsidium.) Der Reichstag wolle beschließen: nach dem Abschnitt IV. einen besonderen Abschnitt unter der Ueberschrift „Bundes-Ministerium" mit folgenden Bestimmungen einzuschalten: „V. Bundesministerium. Art. . . . . Das Bundes-Präsidium ernennt und entläßt die Minister. Art . . . Die Minister, sowie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Beamten, haben Zutritt zum Reichstage und müssen in den Sitzungen desselben auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden. Art. . . . Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen des Reichstages in demselben zu erscheinen, um Auskunft zu ertheilen oder den Grund anzugeben, warum dieselbe nicht ertheilt werde. Art. . . . Die Minister können durch Beschluß sowohl des Bundesrathes als auch des Reichsrathes wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verrathes angeklagt werden. Art. . . . Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren, über die Strafen und über den Gerichtshof werden einem Gesetze vorbehalten, zu welchem der Entwurf dem ersten verfassungsmäßigen Reichstage vorzulegen ist." 3) Von dem Abgeordneten Ausfeld und dreizehn Mitgliedern der Linken: IV. Zu Abschnitt XI. (Bundes-Kriegswesen.) 1. Der Reichstag wolle beschließen: Artikel 59, Artikel 60 zu streichen. 2. Im Artikel 61 das letzte Alinea zu streichen und folgende Artikel hinter Artikel 61 einzureihen: Art. . . . Neben dem Bundeshaushalts-Etatsgesetz (Artikel 69) ist dem Reichstag jährlich ein Gesetz über die Gesammtzahl der Aushebung zum Kriegsdienst vorzulegen. Art. . . . Dem nächsten Reichstage sind vorzulegen: 1. ein Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste; 2. ein Gesetz über die Art der Aushebung (Rekrutirungs-Gesetz); 3. ein Gesetz, wodurch die Organisation des ganzen Bundesheeres festgesetzt wird. Durch dieses Gesetz bestimmen sich zugleich die Kontingente der einzelnen Bundesstaaten. 3. Artikel 62 zu streichen.

— Dem Ober-Tribunal lag kürzlich folgender Fall zur Beschlußfassung vor. Gegen den Redakteur einer Zeitung war die Untersuchung wegen eines Artikels sei:e: Zeitung beantragt, aber durch den Beschluß des Kreisgerichts und auf die Beschwerde des Staatsanwalts durch den Beschluß des Appellationsgerichts zurückgewiesen. In einer späteren Nummer der Zeitung fand sich die Nachricht, daß gegen den Beschluß des Kreisgerichts vom Staatsanwalt Beschwerde erhoben und diese von dem Appellationsgericht zurückgewiesen sei. Der Staatsanwalt beantragte nun die Vernehmung des Redakteurs als Zeugen darüber, von welchem er diese ihm sonst nicht zugänglich gewesene Nachricht, welche ihm nur durch einen Beamten mit Verletzung seiner Amtsverschwiegenheit zugegangen sein könne, erhalten habe, damit gegen diesen Beamten wegen Verletzung seiner Amtspflichten vorgeschritten werden könne. Der Redakteur verweigerte sein Zeugniß. Das Kreisgericht erachtete ihn dazu für verpflichtet, auf seine Beschwerde aber erklärte ihn das Appellationsgericht zur Ablegung des Zeugnisses in diesem Falle nicht verbunden. Denn die Pflicht zur Abgabe eines eidlichen Zeugnisses setze den Verdacht eines bestimmten Verbrechens oder Vergehens oder doch das Vorhandensein von Umständen voraus, welche die Vermuthung eines begangenen, künftig näher zu bezeichnenden Verbrechens oder Vergehens ergeben. Im vorliegenden Falle könne aber der Voraussetzung des Vergehens der Amtsverletzung durch einen der betreffenden Beamten nicht beigetreten werden, da die den Beamten gebotene Amtsverschwiegenheit sich offenbar nur auf Amtshandlungen und Amtsangelegenheiten erstreckte, für deren Geheimhaltung ein besonderes Interesse obwalte, oder durch deren Bekanntmachung dem Staate oder Einzelnen möglicherweise ein Schaden erwachsen könne. Solche Gegenstände seien aber in diesem Falle nicht in Frage gewesen, sondern es habe sich lediglich um eine Mittheilung an eine Person gehandelt, welche, wenn sie sich s.lbst an das Appellationsgericht gewendet hätte, ein Recht darauf gehabt hätte, zu erfahren, daß die fragliche Beschwerde verworfen und der Beschluß des Kreisgerichts rechtskräftig geworden sei. — Hiergegen richtete sich die Beschwerde der Ober-Staatsanwaltschaft. Die Oeffentlichkeit, so führte sie u. A. aus, welche den mündlichen Verhandlungen der Gerichte beiwohne, lasse sich nicht auf die anderen Stadien des Verfahrens ausdehnen. — Diese Beschwerde wurde jedoch vom Ober-Tribunal (1. Kriminalsenat) zurückgewiesen. Denn der vom Appellations-Gerichte angeführte Grund, daß die Geheimhaltung des in Rede stehenden Beschlusses nicht geboten gewesen sei, weil dem Redakteur derselbe auf dessen Verlangen von dem Appellations-Gericht selbst mitgetheilt sein würde, verstoße weder gegen processualische, noch gegen materielle Rechtsgrundsätze, weil danach ein fernerer Grund zur Herbeiführung einer Disziplinar-Untersuchung gegen denjenigen Beamten, von welchem der Redakteur die Mittheilung erhalten, nicht ersichtlich, und damit die Zeugenvernehmung desselben über die Person dieses Beamten erledigt sei.

— Die von Offizieren des 4. Garde-Regiments zu Fuß am 6. April im Saaltheater des Schauspielhauses veranstaltete Vorstellung hat dem König-Wilhelm-Verein über 600 Thaler eingetragen.

— Durch die im vorigen Jahre erfolgte Vergrößerung des preußischen Staatsgebietes sind auch Umwandlungen des bestehenden Etappensystems erforderlich und zu dem Zwecke Berathungen von dem Kriegs-Ministeriums angeordnet worden. Ueberhaupt geschieht innerhalb der Kriegs- und Marine-Verwaltung, wenn auch in gewohnter, bewährter Weise, Alles, um in beiden jederzeit auf der Höhe der Situation zu bleiben. Das Marinewerft in Danzig, eben so die Werft-Division in Kiel sind durch Offiziere, Mannschaften und Verwaltungspersonal verstärkt worden. Dem ersteren steht der Korvetten-Kapitän Werner als Ober-Direktor vor, und es sind dabei ferner beschäftigt: 5 Werft-Direktoren, 2 Depot-Direktoren, 2 Zeug-Lieutenants, 9 Ober- und Unter-Ingenieure, 5 Zeichner und 20 Werftmeister. Zur Werft-Division in Kiel gehören: der Korvetten-Kapitän Hassenstein als Kommandeur, 58 Deckoffiziere, 74 Maschinisten-Maate und Applikanten, 220 Heizer, 241 Handwerker, wozu noch das ärztliche und Lazarethpersonal kommt. — Das Neue Allgemeine Volksblatt, eine Zweiganstalt der Neuen Preußischen Zeitung, enthält heute Abend folgende seltsame Notiz: „Zuverlässige Nachrichten aus Frankreich bestätigen, daß daselbst sehr umfassende kriegerische Rüstungen Statt finden. In Preußen sind noch alle kriegerischen Vorbereitungen vermieden worden."

⊙ **Posen,** 12. April. Die Klagen über Vexationen an den Grenzämtern beim Uebergange nach dem Königreich Polen wollen immer noch nicht enden; so ist zum Beispiel erst vor einigen Tagen ein hiesiger Kaufmann, der seit langer Zeit Holzgeschäfte im Königreiche treibt, an der Grenze bei Stupca 2 Taze unnütz hingehalten worden, ehe man ihm die Rückreise gestattete, weil er angeblich sich verdächtig gemacht haben sollte. Ein anderer Kaufmann wurde trotz seines richtigen Passes gar nicht über die Grenze gelassen, ohne daß man ihm die Gründe dafür angab. Wie es heißt, dürften diese Plackereien bald aufhören, da eine Reform des Grenzzollwesens im Werke und eine Einigung zwischen Rußland und Preußen über eine Handelsverbindung im Anbahnen begriffen ist. — Aber wir sagen eben nur, wie es heißt, denn glauben läßt sich an solchen Sachen nicht mit Bestimmtheit, da nicht allein für die Phalanx der Grenzbeamten, sondern auch für eine Menge Anderer, die ihren Nutzen daraus zu ziehen und sich auf Kosten der durch die Grenzsperre Beküriten zu bereichern wissen, diese strenge Grenzsperre eine reichlich milchende Kuh ist, welche sie so lange als möglich auf den Beinen zu erhalten suchen. — Gestern kam wieder ein Transport von Webern aus Polen im jämmerlichen Zustande hier durch, um wieder ihre deutsche Heimath aufzusuchen, die sie vor zwei oder drei Jahren leichtsinnig verließen und ins Gelach hinein nach Polen gingen, wo sie ein Eldorado zu finden hofften und wovon sie jetzt, nachdem sie das Wenige, was sie an Haabe aus dem Vaterlande mitgenommen, gänzlich zugesetzt, verhungert und zerlumpt zurückkehren. — In unserer Stadt macht gegenwärtig der Kaiserliche rnssische Hofkünstler Herr Monhaupt mit seinen brillanten Vorstellungen aus dem Gebiet der Magie ꝛc. großes Aufsehen, und die Leistungen desselben wie sein elegantes Auftreten üben eine solche Anziehungskraft auf die haute volée der Stadt und Umgegend, daß trotz des beständig schlechten Wetters das Haus — er spielt im Sommer-Theater — stets überfüllt ist und Billets oft zwei Tage vorher schon nicht mehr zu haben sind. Wie wir hören, wird Herr Monhaupt von hier nach Stettin geben und dort gewiß auch verdienten Beifall ernten.

Hannover, 12. April. Der Celler Aufruhrprozeß ist nach Wochen endlich soweit gediehen, daß der Staatsanwalt seine Strafanträge stellen konnte. In den bei Weitem meisten Fällen ist die auf das Verbrechen des Aufruhrs gerichtete Anklage aufrecht erhalten, doch nicht vorbedachter, sondern plötzlich entstandener Aufruhr angenommen. Die angebliche Vorliebe für die frühere Dynastie läßt die Staatsanwaltschaft nicht als Milderungsgrund gelten, wohl aber den äußerst geringen Bildungsgrad der Angeklagten, die aufgeregte Stimmung und bei vielen die unverschuldete lange Untersuchungshaft. Den Burschen von 16 bis 20 Jahren kommt überdies die Nachsicht des Strafgesetzes zu Gute. Danach ist gegen 109 Angeklagte, unter denen auffallend viele Weiber sind, Bestrafung von acht Jahren Kette, durch Zuchthaus bis zu acht Tagen Gefängniß herab beantragt, und wegen fünf der Angeklagten ist Freisprechung anheimgegeben. Das Erkenntniß wird nicht das Schwurgericht, sondern, da es sich um ein sogenanntes politisches Verbrechen handelt, der Strafsenat des Ober-Appellationsgerichtes fällen.

Aus Luxemburg vom 10. April wird der „A. A. Z." geschrieben: Es ist bekannt, daß in unserer höheren Gesellschaft die Franzosenliebe vielfach Platz gegriffen, was einzelne deutsche Blätter zu der Meinung verleitet hat, als sei die Stimmung des Volks einer Annexion an Frankreich günstig. Dem ist durchaus nicht so. Das Volk redet, denkt und fühlt deutsch; es will einen Anschluß an Deutschland, weil es es darin die einzige Garantie seiner intellektuellen und materiellen Interessen gewahrt. Desto empörender ist der Druck, den eine gewisse Partei auf die Volksmeinung auszuüben versucht. Wir beeilen uns, ihre neuesten Machinationen an die deutsche Presse zu denunciiren. Heute cirkulirt in der Stadt eine Petion an den König-Großherzog, worin um Erhaltung der luxemburgischen Autonomie, falls dies unmöglich wäre, um Anschluß an Frankreich gebeten wird. Die Demonstration wurde angeregt durch einen belgischen Banquier B. und A., in Verbindung mit einigen Rentiers und höheren Beamten. Gleichzeitig geht von der deutsch-nationalen Partei eine Gegenpetition aus, in welcher um Anschluß an Deutschland unter jeder Bedingung angehalten wird. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Umtriebe der wälschen Partei an dem gesunden Sinne des Volks scheitern werden. Zur Entlastung des luxemburgischen Charakters fügen wir hinzu, daß alle undeutschen Manifestationen nicht von Kernluxemburgern ausgehen, sondern von wälschen und wallonischen Ablegern, welche theils hier importirt, theils aus den dreißiger Jahren übrig geblieben sind. — Die hiesige Gendarmerie war im Begriff, auf die hier umherschleichenden französischen Emissäre Hand zu legen; die Gerichtsbehörde aber, welche franzosenfreundliche Elemente birgt, untersagte es. Hoffentlich wird das hiesige preußische Militär-Gouvernement die Augen offen halten.

Mainz, 12. April. Wenn die Berichterstatter deutscher und französischer Zeitungen aus den thatsächlichen, aber unerläuterten Mittheilungen der hiesigen Lokalpresse kriegerische Rüstungen in der

hiesigen Festung kombiniren, so gründet sich das, wie man dem „Fr. J." schreibt, auf falsche Auffassung der Vorgänge. Die schon vor längerer Zeit (nach der Entscheidung der Frage des Immobilienbestandes der Festung) höheren Orts ergangenen Befehle haben keinen anderen Zweck, als den, den Platz in dieselbe Verfassung zu setzen, in welcher sich reglementsmäßig alle preußischen Festungen befinden. Dem entsprechend, wurde sofort nach der Räumung der Magazine von den Oesterreichischen und den Vorräthen des Bundes zur Herstellung und Ergänzung des inneren Bestandes geschritten, wozu die Arbeiten noch fortdauern. Daß in einem so ausgedehnten und wichtigen Waffenplatz, wie Mainz, die Ergänzung der erforderlichen Vorräthe und die schon zu den Zeiten des Bundestags für nöthig befundene und theilweise auch zur Ausführung gelangte Vervollkommnung des Geschützparkes jetzt unausgesetzt und rascher zur Ausführung gelangen, ist eine nachahmungswerthe Folge des wohlorganisirten Geschäftsganges, der im Wesen der ganzen preußischen Militairverfassung begründet ist und überall den Charakter der Schlagfertigkeit zeigt. Kann hiernach auch die eigentliche Armirung der Festung in Folge der Ausrüstung in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit bewerkstelligt werden, so ist dieses doch nichts Neues, sondern nur die Vollziehung längst gefaßter Beschlüsse des Bundestages. Hieran Vermuthung auf Krieg oder Besorgnisse vor einem solchen zu knüpfen, muß für jetzt als voreilig bezeichnet werden.

Heidelberg, 12. April. In einer gestern stattgehabten öffentlichen Versammlung des hiesigen National-Vereins wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die hier versammelten Einwohner Heidelbergs erachten es als nationale Pflicht des gesammten Deutschlands, mit allen Mitteln jedem Versuch entgegenzutreten, welcher es unternimmt, das Großherzogthum Luxemburg von seinem Verband loszureißen." Professor Cantor sprach insbesondere noch die Ueberzeugung aus, daß einem Angriffe Frankreichs auf deutsches Land gegenüber alle politischen Parteien in Deutschland ihren Parteihader lassen und in der entschlossenen Abwehr einmüthig zusammenstehen würden.

München, 11. April. Nach einer Mittheilung an die „Presse" soll Herzog Karl Theodor in Baiern, der Gemahl der jüngstverschiedenen Herzogin Sophie, welcher sich seit deren Hinscheiden in der düstersten, jeden Trost und Erheiterung abweisenden Stimmung befindet, den festen Entschluß ausgedrückt haben, in ein Kloster zu gehen. Der Prinz tritt heute eine Reise nach Rom an; die getroffenen Vorbereitungen lassen darauf schließen, daß an eine lange, vielleicht jahrelange Abwesenheit gedacht wird.

— Ueber die Reise des Königs nach Rom hört das „Fr. J.": Sie bezweckt, eine Aussöhnung zwischen ihm und seinem dort weilenden Großvater herbeizuführen. Dieser zürnt nämlich darüber, daß sein Enkel sich mit der Prinzessin Sophie versprochen hat, und sieht dieses Heirathsprojekt um so mißgünstiger an, als es sein sehnlichster Wunsch war, daß sich derselbe seine Gemahlin aus dem englischen Königshause oder noch lieber aus der russischen Kaiserfamilie geholt hätte. Dem alten Großvater schienen neue Anknüpfungen familiärer Beziehungen zu mächtigen Regentenhäusern im gegenwärtigen Augenblicke für seinen Enkel und für das Land überaus wichtig, und darum nahm er die Nachricht von der Verlobung desselben mit der Prinzessin aus einem an Einfluß armen Herzogshause nicht ohne Mißvergnügen auf. Nun soll also eine Versöhnung herbeigeführt werden. Des Königs Bruder, Prinz Otto, wurde schon vor 14 Tagen vorausgeschickt, um den Großpapa milder zu stimmen und ihn den versöhnlichen Schritten zugänglich zu machen, welche der König zu thun beabsichtigt.

Ausland.

Wien, 11. April. Wenn es der österreichischen Regierung gelingt, schreibt man der „Schl. Ztg.", im Falle eines Krieges die Neutralität zu bewahren, so hätte sich Herr v. Beust allerdings das Verdienst erworben, Oesterreich die Möglichkeit geboten zu haben, sich wenigstens für spätere Eventualitäten zu rüsten, denn daß der Krieg, wenn er einmal losgebrochen, ein lokalisirter bleiben werde, glaubt eigentlich Niemand. Dennoch schüttelt man in militärischen Kreisen über die Politik des Herrn v. Beust den Kopf und glaubt, daß die momentane Neutralität leicht in eine andere Position umschlagen könnte, die man im gewöhnlichen Leben: „Zwischen zwei Stühlen sitzen bleiben" nennt. Dazu kommt noch die Befürchtung, daß sich Preußen und Frankreich in dem Gedanken, daß Oesterreich eine zweideutige Politik treibe, finden, hierin einen Ausgangspunkt für eine Verständigung erblicken und schließlich versuchen können, den Konflikt auf Kosten Oesterreichs auszugleichen.

Paris, 12. April. Unter denjenigen französischen Blättern, welche Anstand und Kaltblütigkeit in den letzten politischen Aprilstürmen niemals verloren haben, gebührt dem Journal des Debats die Krone. Es sucht zu verständigen, zu beruhigen und vor Allem, es schenkt seinen Lesern klaren Wein ein. Bemerkenswerth ist in dieser Beziehung eine von John Lemoinne unterzeichnete Erörterung der europäischen Lage in Folge der luxemburger Händel, worin es heißt: „Die heftige Sprache, welche in Bezug auf Frankreich in der deutschen Kammer geführt wurde, ist am Ende nur das Echo und der Wiederhall der Reden, welche in den französischen Kammern gegen Preußen gehalten wurden. Wir finden es sehr natürlich und ganz gerechtfertigt, wenn man von unserer Tribune herab alle anderen Völker entweder wie Vasallen oder wie Besiegte behandelt, daß man da ausspricht, das Interesse Frankreichs erfordere, daß es weder Italien noch Deutschland gäbe; man wird sogar Senatoren viel Geist und gallisches Salz nachrühmen, die den Wunsch aussprechen, sich als Trommler einstellen zu lassen bei einer Invasion in England. Wenn aber in anderen Parlamenten und in anderen Zeitungen, als die unseren, oder in Ländern, welche einer größeren Freiheit der Schrift und der Rede genießen, als das unsere, Engländer, Italiener oder Deutsche über uns den zwanzigsten Theil von dem sagen, was wir über sie sagen, dann schreien wir über Skandal und sind nahe daran, solche Reden für einen Angriff auf unser Gebiet anzusehen." Am Schlusse äußert Lemoinne über die luxemburger Frage, die er als bloßen Zwischenfall betrachtet: „Derartige Angelegenheiten müssen nur unternommen werden, wenn ihr Erfolg gesichert ist, denn sie bringen, falls sie nicht gelingen, mehr Enttäuschung, als sie Vortheil gebracht hätten im Falle des Gelingens. Es wäre besser gewesen, Luxemburg Luxemburg zu lassen, wenn es nicht französisch werden konnte, noch preußisch, ohne einen großen Krieg, dessen Folgen Niemand voraussehen kann."

Italien. Die luxemburger Frage wird denn auch in Italien mit der fieberhaftesten Spannung verfolgt; alle Welt sieht in ihrer Lösung die Chance einer definitiven Entscheidung der Geschicke Italiens, einen Ausweg, um zu einer Rehabilitirung des Landes im Innern und nach außen hin zu gelangen. Im Hinblick darauf hat das Tuilerienkabinet in Florenz bereits verlockende Anerbietungen machen lassen, allein Ricasoli hat dieselben entschieden abgelehnt. Wird Rattazzi den Muth haben, dem vom Hofe unterstützten Ansinnen Frankreichs zu widerstehen? Seinen staatsmännischen Antecedentien nach muß dies ganz entschieden bezweifelt werden, wenn er auch andererseits gewiß nicht die Kraft besitzt durch einen Staatsstreich und die Errichtung der Militärdiktatur Frankreich die Hülfe Italiens zu sichern. Eine solche Politik würde überdies einen Sturm heraufbeschwören, der selbst den Thron Victor Emanuel's gefährden könnte. Darüber wird man sich hoffentlich am Hofe zu Florenz keiner Täuschung hingeben, und nachdem der König bis heute im Großen und Ganzen stets der Strömung des Volkswillens gefolgt ist, so wird dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges in Italien aller Wahrscheinlichkeit nach ein Ministerwechsel vorausgehen, welcher die gemäßigte Aktionspartei an das Ruder bringt und an Crispi und Genossen die Leitung der Staatsgeschäfte überträgt. Bei der heutigen Volksstimmung auf der apenninischen Halbinsel bedeutet der Krieg, den Frankreich mit seinem Anspruch auf Ausdehnung seiner Grenzen heraufzubeschwören droht, für Italien nichts Geringeres als: Bündniß mit Deutschland, Verlegung der Hauptstadt nach Rom und Rückeroberung Savoyens und Nizzas. Es könnte diesem von Zufall außerordentlich begünstigten Volk wohl noch gelingen, daß ihm, wie aus dem deutschen Königgrätz die Ergänzung seiner Einheit, aus einem französischen Königgrätz seine Emanzipation von allem fremden Einfluß und seine gänzliche nationale Rehabilitirung erwächst.

Florenz, 9. April. Rattazzi hat folgendes Programm aufgestellt: Bemerkenswerthe Verringerung der Budgets des Krieges und der Marine, Verminderung der Beamtenzahl, administrative Decentralisation, eine bessere Art der Eintreibung und eine gerechtere Vertheilung der Steuern und vor Allem eine friedliche Politik, Neutralität unter allen Umständen und gegen Jedermann. Visconti-Venosta sträubt sich mehr aus Privatrücksichten, das ihm angebotene Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten anzunehmen. Visconti-Venosta, obgleich er auch große Sympathien für Frankreich hat, ist doch für die Neutralität Italiens.

— In der letzten Zeit ist wieder das Gerücht in Paris verbreitet, es werde binnen Kurzem ein Aufstand in Rom ausbrechen. Folgendes Schreiben Garibaldi's scheint Grund zu diesem Gerüchte gegeben zu haben:

San Fiorano, 22. März.

Meine Herren! Ich bin stolz, römischer General genannt zu werden. Ich nehme mit Dankbarkeit das Amt an, welches Ihr mir übergebt, und ich ertheile Euch durch dieses Schreiben den Titel: Römer, welche den Mittelpunkt der römischen Emigration in Florenz bilden. Ich habe das Vertrauen, daß die ganze römische Emigration sich diesem Mittelpunkte anschließen wird, der mein ganzes Zutrauen besitzt, wie ich auch volles Zutrauen zu Euch habe. Der Eurige für's Leben. G. Garibaldi.

Dieses Aktenstück ist nicht von dem Comité veröffentlicht, welches seit längerer Zeit in Florenz residirt, sondern von einem anderen Comité, das sich seit einigen Monaten gebildet hat und das unter der Protektion Garibaldi's steht.

Petersburg, 9. April. Die „Nordische Post", Organ des Ministers des Innern, befürchtet keine kriegerischen Verwicklungen wegen Luxemburg und hegt die Erwartung, der Kaiser Napoleon werde durch ein energisches Dementi alle Kriegsbefürchtungen niederschlagen. — Gestern, auf einer Soirée beim Fürsten Gortschakoff, unterhielt sich der Kaiser längere Zeit mit dem französischen Botschafter und mit dem preußischen Gesandten.

Pommern.

Stettin, 15. April. Ein z. Z. hier anwesender Schiffer aus Lassan vermißte gestern Abend seine Brieftasche, in der sich 10 Thlr. Papiergeld und einige Schiffspapiere befanden. Dieselbe ist ihm muthmaßlich in dem Gedränge vor dem Theater aus dem aufgerissenen Rocke aus der Brusttasche entwendet worden.

— Der legitimationslose angebliche Arbeiter N. betrat gestern Abend gegen 10 Uhr den Laden eines in der Breitenstraße wohnhaften Fleischermeisters, entwendete eine über dem Ladentisch hängende Wurst und ergriff mit derselben die Flucht. Er wurde indessen sofort ergriffen und verhaftet.

— An der allgemeinen Stadt- und Armenschule zu Demmin ist die Lehrerin Kirstein fest angestellt.

— Das Justiz-Ministerial-Blatt veröffentlicht eine allgemeine Verfügung und Instruktion des Justizministers vom 8. April 1867 zur Ausführung des Gesetzes vom 4. März 1867, betreffend die Auflösung des Lehnsverbandes in Alt-, Vor- und Hinterpommern und die Abänderung der Lehnstaxe.

— Die Kreisrichter Euchel, Greifenhagen und Dahlke in Schlawe sind an das Kreisgericht zu Köslin, und der Kreisrichter Schilling in Neustettin ist an das Kreisgericht in Kolberg versetzt.

Pyritz, 13. April. In der vergangenen Nacht um 12 Uhr wurden die hiesigen Einwohner durch Feuerlärm geweckt. Es brannte der Stall des Böttchermeisters B., welcher sich zum Markt in Stettin befindet und der erst vor ganz kurzer Zeit seine Gebäude versichert hat. Das anscheinend von ruchloser Hand angelegte Feuer wurde sofort entdeckt und gedämpft, so daß weiter kein Schade entstanden ist.

Neueste Nachrichten.

London, 12. April. Angekommene Schiff seit letzter Post: Norma, Turandot, Spirit of the Morning. Das Schiff Herzog Johann Albrecht, von San Antonio kommend, ist beim Einsegeln in Valparaiso total verloren. In Importen war das Geschäft ziemlich belebt.

London, 13. April. Der von Newyork nach Havre bestimmte „Guiding Star" ist mit Berichten vom 30. März und 143,900 Dollars an Kontanten für England in Falmouth eingetroffen. Das von Newyork erwartete Dampfboot „Erin" ist mit Berichten vom 30. März in Queenstown eingetroffen. Das von Westindien erwartete Dampfboot „Atrato" hat gestern Abend 8 Uhr die Needles passirt.

Petersburg, 13. April, Abends. Nach amtlichen Mittheilungen wird der Kaiser im Juni sich nach Riga begeben.

Bukarest, 13. April, Abends. Der Fürst von Serbien ist heute hier eingetroffen, um dem Fürsten Karl einen Besuch abzustatten. In seiner Begleitung befinden sich der türkische Ober-Kommandant der Festung Belgrad, der Senatspräsident Marinovitch, sowie Kriegsminister Petrovitch.

St. Nazaire, 12. April. Das von Veracruz nnd Westindien erwartete französische Post-Dampfschiff „France" ist eingetroffen und bringt außer Post und Ladung 264 Passagiere und für zwei Millionen Frcs. an Kontanten.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 15. April. Reichstag. Graf Bismarck erklärt: Die Bundes-Regierungen acceptiren die allermeisten in der Vorberathung des Verfassungsentwurfs angenommenen Amendements, falls das Haus sich nachgiebig zeige in den Amendements, betreffend die Diätenfrage und die Heereseinrichtungen, welche die Regierungen nicht annehmen. Die Bundeskommissare werden sich im Laufe der Debatten näher aussprechen.

München, 16. April, Vorm. Eine gestern abgehaltene Volksversammlung hat ihre lebhafte Zustimmung zu der patriotischen Adresse der Abgeordnetenkammer ausgesprochen; sie begrüßt die Adresse freudig als Anerkennung des Allianzvertrages vom 22. August v. J.; als ersten Schritt zur nationalen Einigung des gesammten Vaterlandes, doch wird es als die nächste und dringendste Pflicht der baierischen Regierung hingestellt, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß das staatliche und nationale Band, welches Baiern mit Norddeutschland vollständig verbinde, baldmöglichst geschaffen werde.

Nürnberg, 14. April, Mittags. Eine überaus zahlreiche Volks-Versammlung hat heute ihre begeisterte Zustimmung zu der Adresse des Abgeordnetenhauses ausgesprochen.

Wien, 14. April, Abends. Der Prager Großhändler Geitler, als Repräsentant mehrerer Handlungshäuser, worunter einige auswärtige deutsche Firmen, hat die „Wiener Presse" angekauft.

Florenz, 13. April. Die Deputirtenkammer hat den italienisch-österreichischen Friedensvertrag mit 228 gegen 15 Stimmen genehmigt. Im Prozeß Persano sind die Vernehmungen beendigt. Die Verkündigung des Erkenntnisses steht unmittelbar bevor.

Paris, 14. April, Abends. Die „France" meldet: In den Kammern steht Seitens der Regierung eine Mittheilung über das Resultat der Verhandlungen über Luxemburg bevor. Frankreich und Preußen zeigen „große Versöhnlichkeit". — Die „Patrte" dementirt die Nachricht von einer nach Wien gerichteten französischen Note.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. April. Witterung: regnigt. Temperatur + 8° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 85—93 Rt bez., geringer 77—84 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 90—91½, 91, 91½ Rt bez. u. Br., Mai-Juni 89, 90 Rt bez. u. Br., Juni-Juli 88½, 89 Rt bez. u. Br., Juli-August 86½, 87 Rt bez. u. Br., Septbr.-Oktober 81 Rt bez. u. Br.

Roggen steigend, pr. 2000 Pfd. loco 56—59 Rt bez., Frühjahr 56¾—58 Rt bez. u. Br., Mai-Juni 56¼—57½ Rt bez. u. Br., Juni-Juli 57 Rt bez. u. Gd., Juli-August 56 Rt bez. u. Gd., September-Oktober 52½ Rt Gd.

Gerste schlesische 69—70pfd. Frühjahr 47½ Rt bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 31½, ¾ Rt bez., Frühjahr 47—50pfd. 31¾ Rt bez. u. Gd.

Erbsen loco Futter- 52—56 Rt bez., Frühjahr Fütter- pr. Conn. schwimmend 55 Rt bez.

Rüböl behauptet, loco 11¼ Rt Br., April-Mai 11 Rt bez. u. Br., Juni-Juli 11⅙ Rt bez., September-Oktober 11½ Rt bez. u. Br.

Spiritus höher, loco ohne Faß 16⅔, ¾ Rt bez., Frühjahr 16⅚, ⅔ Rt bez., Mai-Juni 16⅔ Rt Gd., Juni-Juli 17 Rt Gd., Juli-August 17⅙, ¼ Rt bez.

Angemeldet: 200 Wspl. Gerste, 50 Wspl. Hafer.

Swinemünde, 13. April, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Alby, Topp von Newcastle; Jeune Esperance, Moustier von Havre; Marie, Steckow von Greifswald; Polarstern, Peters von Grangemouth; Asteria, Askenheur; Providence, Peterson von Newcastle; Treue, Sievert; Anna Sara, Wood; Vesper, Wilkensen von Sunderland, letzte sechs löschen in Swinemünde. Vier Schiffe in Sicht. Wind: S. Strom ausgehend.

Stettin, den 15 April.

Hamburg	6 Tag.	151½ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	150⅞ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143⅛ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24 B	St. Strom-V.-A.	4	—
„	3 Mt.	6 22½ B	Pr. National-V.-A.	4	113½ B
Paris	10 Tg.	81⅙ G	Pr. See-Assecuranz	4	—
„	2 Mt.	80¾ B	Pomerania	4	110 G
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	102½ B
St. Petersbg.	3 Wch.	—	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
„	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 54 57	4½	97⅞ G	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
„ „	5	—	Bredower „	4	—
St.-Schldsch.	3½	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	88 B	St. Dampfschlepp G.	5	200 B
„ „	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ Rentenb	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P. P. B. A.	4	—	Germania	4	100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	4	92 B
„ Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	100 B
„ „	4½	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	93 G	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
„ Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4½	94½ B	Gemeinn. Bauges.	5	—